

Stadt Amberg

Marktplatz 11
92224 Amberg



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	004/0019/2010
	Erstelldatum:	06.10.2010
	Aktenzeichen:	Ref. 4 Dr.K./Se
Fortführung des Notrufes für Kinder und Jugendliche durch die Elternschule Amberg e. V.		
Referat für Jugend, Senioren und Soziales Verfasser: Herr Richard Donhauser		
Beratungsfolge	19.10.2010 Jugendhilfeausschuss	

Beschlussvorschlag:

1. Mit der Fortführung des Notrufes für Kinder und Jugendliche um ein weiteres Jahr (07.11.2011) besteht Einverständnis.
2. Für die hierfür notwendigen Mittel laut Kostenaufstellung der Elternschule Amberg e.V. in Höhe von 3.800,00 € wird eine Kostenzusage erteilt.

Sachstandsbericht:

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.07.2004 wurde einer einjährigen Testphase des Notrufes für Kinder und Jugendliche durch die Elternschule Amberg e.V. zugestimmt und mit Beschlüssen vom 19.07.2005, 19.10.2006, 16.10.2007, 23.09.2008 und zuletzt mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 24.11.2009 der Notruf für Kinder und Jugendliche bis 07.11.2010 verlängert.

Die vorgelegten Zahlen der Elternschule über die Inanspruchnahme des Notrufes im Zeitraum August 2009 bis Juli 2010 zeigen die Inanspruchnahme des Dienstes auf:

Monat	Anrufe
August 2009	5
September 2009	8
Oktober 2009	5
November 2009	9
Dezember 2009	8
Januar 2010	17
Februar 2010	5
März 2010	29
April 2010	53
Mai 2010	38
Juni 2010	26
Juli 2010	9
Insgesamt	212

Die eingegangenen Anrufe waren folgenden Themenbereichen zuzuordnen:

1	Sinn/Orientierung	4
2	Einsamkeit	3
3	Krankheit	5
4	Krankheit seelisch	---
5	Sucht	1
6	Suizid	---
7	Sterben, Tod, Trauer	---
8	Gewalt	5
9	Sexualität	6
10	Sexanrufe	1
11	Schwangerschaft	7
12	Liebeskummer	14
13	Familie/Verwandschaft	12
14	Freunde	9
15	Schule/Arbeit/Ausbildung	7
16	Wohnen	1
17	Geld/Wirtschaftliche Fragen	1
18	Sonstiges (Rückmeldungen, Schweige- anrufe, Scherzanrufe, Informationsanrufe, Aufleger	136

In einem Fall wurde die Polizei, in 3 Fällen das Jugendamt eingeschaltet.

Nach Meinung der Elternschule konnte jedem Anrufer Hilfestellung gewährt werden.

Aufgrund der vorgelegten Zahlen ist das Jugendamt der Ansicht, dass der Notruf fortgeführt werden sollte.

Die notwendigen Kosten laut Finanzierungsplan der Elternschule sind in den Haushalt 2011 eingebracht.

Dr. Knerer-Brütting, Rechtsdirektor

Verteiler:

Mitglieder Jugendhilfeausschuss

Ref. 4, Ref. 2, Amt 4.1, RP

z. A. Beschlussvorlagen

Reg. Akt